

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentpreis monatlich 1 M., vierjährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierjährlich 4,50 M. — Zeit- und Verfassungssinterate fallen von Seite 26 fl. — Geschäftssinterate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hanau & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38—42. Telefon-Amt. 98 n. 89. Telegr. Adr.: Bergbau Bochum.

Aktionsausschuss und Gesamtvorstand zur gegenwärtigen Lage.

Dreimal sind nun der Aktionsausschuss und der Gesamtvorstand unseres Verbandes seit Kriegsbeginn zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung zusammengetreten und zwar in der Osterwoche 1915, Ende September 1917 in Hannover und dieses mal, am 4. und 5. April, in Bielefeld. Der Aktionsausschuss ist nach der Generalversammlung die höchste Instanz unseres Verbandes und setzt sich nach § 34 des Verbandsstatus zusammen aus Delegierten, welche von den Verbandsmitgliedern aus ihrer Mitte mittels geheimer Abstimmung gewählt sind; ferner aus den Bezirksleitern, dem Gesamtvorstand und den Redakteuren. Die Delegierten sind durchweg Verbandsmitglieder, welche nach Werkarbeit verrichten. Auch im Gesamtvorstand haben die Mitglieder, welche noch Werkarbeiter verrichten, die Mehrheit. Gudem muss nach § 34 des Verbandsstatus die Zahl der von den Verbandsmitgliedern gewählten Delegierten größer sein, wie es der Verbandsangeleitungen. Die Mehrheit ist also den noch in Arbeit stehenden Delegierten in jeder Beziehung gesichert. Diese Delegierten sind am 17. November 1918, also nach Ausbruch der Revolution neu gewählt worden. Am "revolutionären Geist" hat es mittlerweile sicher nicht gefehlt.

Auf den beiden ersten Tagungen hat der Aktionsausschuss die Haltung unseres Verbandes während der Kriegszeit einstimmig zugeschrieben. Auch diesmal wurde, trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten, in allen grundlegenden Fragen nahezu völlige Einstimmung erzielt. Die ganzen Verhandlungen wurden im kameradschaftlichen Geiste geführt und getragen von dem allseitigen Bestreben, in strengster Sachlichkeit dem Ganzen zu dienen. Die gegenwärtige Lage im Bergbau und der Stroß im Industriegebiet, die Verschmelzungslage sowie sonstige wichtige Fragen wurden eingehend besprochen. Und wenn eine allseitig befriedigende Lösung aller Fragen nicht gefunden werden konnte, so lag das wirklich nicht am guten Willen, sondern an den beispiellosen Schwierigkeiten, vor die wir gestellt sind. Die Verantwortung ist nicht nur alle Gegenwart, sondern auch für die Zukunft riesengroß, handelt es sich doch nicht nur um Schicksalsfragen für die Bergarbeiter, sondern für unser Land und unser Volk.

Zur Schichtzeitsfrage und was damit zusammenhängt, wurde folgende Entscheidung mit allen gegen vier Stimmen angenommen:

"Die am 4. April laufende Aktions-Ausschüttung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt:

Die Verbandsleitung hat sich bei ihren Entschlüssen und Maßnahmen möglichst von dem Besteben leiten lassen, die Interessen der Gesamtbergarbeiterchaft zu fördern, ohne Rücksicht auf partizipatistische Streitigkeiten. Der Bergarbeiterverband ist eine wirtschaftspolitische Organisation und darf deshalb nicht in irgendwelchen partizipatistischen Zwecken missbrauchen lassen. Das aber der Nutzgebietskreis partizipatistische Zwecke verfolgt, geht aus den von kommunistischer Seite aufgestellten Forderungen und den dazu erfolgten Erklärungen unverkennbar hervor. Die Förderung der Schichtundienst ist nun aufgestellt, um die Bergarbeiter über den Mahren, d. h. partizipatistischen Theorie auch dieses Streites zu räumen. Die Fortdauer der gesetzlichen Schichtundienst ist besonders schwere und gefährliche Unterdrückbarkeit im Bergarbeiterverband schon vor dem Kriege bei den Bergarbeiteränderungen erhaben worden. Der Bergarbeiterverband ist also durchaus kein Feind der Schichtundienst. Dessen Einführung wird weiterhin durch die Lebensbedürfnisse des ganzen Volkes. Die Organisation hat seit Ende 1918 schon in allen Bergarbeitsbezirken die Einführung der vorher 8,5 bis 10-stündigen Untertagsdienst an 7½ bis 8 Stunden erreicht und fordert die gleicheweise weitere Schichtverkürzung auf 6 Stunden für die Untertagsarbeiter. Einzig und allein die sehr rasche Tatsache des starken Arbeitsaufwandes im Laufe dieses Jahres, wodurch die Arbeitnehmer außerordentlich gesteigert wurde und der Anfang von ausläufigen Gewerkschaften für unser vorherrschendes Volk schwierig, unmöglich gemacht wird, hat uns nach geklärter Prüfung gezwungen, in den Verhandlungen von einer völklichen Vertretung der Schichtzeit auf 6 Stunden abzutreten, dagegen ihre schriftliche Erfüllung, auch auf internationaler Grundlage, zu fordern. Die Erfahrungen aus den Sozialen, wo bereits im Platz

die Schichtundienst von den Belegschaften eingeführt worden ist, lehren uns, dass diese rasche Schichtänderung einen erheblichen Förderungskampf herbeiführt. Das bedeutet aber: stärker Kohlenmangel, wachsende Arbeitslosigkeit, noch grösere Verhinderung unserer Ausfuhr zum Auslande von Lebensmitteln, eine durchbare Vermehrung der Not unseres Volkes! Dieses Unglück kann und darf die Bergarbeiterchaft nicht herbeiführen wollen. Wir müssen unserem Volke in seiner Not trau zur Seite stehen und wollen darum insbesondere gegenwärtig, wo höhere Kohlenförderung eine bessere Nahrungsvorsorgung bedeutet, alles tun, um einen weiteren Förderungskampf zu verhindern. Von uns selbst hängt es nun ab, ob wir durch verhängnisvolle Strömungen des unbedingt nötigen Produktions einem komplikationsreichen Unterfang zutreten, oder ob wir durch männliches Kusen zur auf dauernden Arbeit getreten werden.

Um der Negierung darüber wir dringend die möglichst schnelle vorzugsweise Belieferung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln, dann die Leistungsfähigkeit der Belegschaften erhöht wird. So kann auch am meisten an der künftigen Entwicklung der Geister entgegengebracht werden."

Über die Schichtundienst selbst bestanden keine Meinungsverschiedenheiten, sondern nur darüber, ob sie sich in diesem Augenblick einzuführen lässt, ohne dass unsere ohnehin totkrante Volkswirtschaft noch mehr gefährdet wird. In diesem Fall würde sich die Schichtundienst nicht halten lassen, Rückschläge der Schichtundienst unvermeidlich. Darüber waren sich auch die Vertreter der sofortigen Einführung einig. Ebenso, dass dieselbe Klasse, die heute Hoffnung tritt, wenn wir für die sofortige Einführung der Schichtundienst eintreten, uns morgen steigt, wenn der völkige Zusammenbruch mit seinen entsetzlichen Folgen dadurch herbeigeführt wird. Von unserer Kohlenförderung und unserer Werksbetriebssicherheit ist alles abhängig. Wer sich über die Notwendigkeiten der Gegenwart hinwegsetzt, verzerrt die Zukunft. Dafür können wir keine Verantwortung übernehmen.

Ebensoviel können wir mit den Forderungen der sozialistisch-fabrikarbeiterischen Streiktreiber im Wettbewerb treten, weil diese nicht anstreben, es kann nur zerstören wollen. So wurde von der von dem Sozialer Seering, dem Ressenden Wagner u. a. einberufenen Essener Konferenz am 30. März beschlossen, am 1. April in den Gewerkschaften zu treten und denselben so lange fortzuführen, bis noch keine Fortbewegungen bereitstehen.

1. Sofortige Einführung der Schichtundienst mit Ein- und Ausfahrt für Unterlagsarbeiter unter Begrenzung des bisher für längere Schichtdauer geübten Lohnes; 2. 25 Prozent Lohnverhöhung; 3. Regelung der Qualitätsabstufungen; 4. Anerkennung des Mindestens; 5. sofortige Durchführung der Hauptarbeitszeit entsprechend Kommandosatz; 6. sofortige Freiliegung aller politischer Gefangen; 7. sofortige Bildung einer sozialistischen Arbeitsfront; 8. sofortige Aufklarung aller Gewerkschaftsverbands; 9. sofortige Aufklärung aller politischen und wirtschaftlichen Verbänden mit der russischen Sowjetregierung; 10. Einwirkung der Partei im Industriegebiet und im Rest; 11. Bezahlung der Strafkosten."

Für die wirtschaftlichen Forderungen treten auch wir ein, soweit sie erfüllbar sind. Wieder haben die sozialistisch-bolschewistischen Führer, welche die wirtschaftlichen Forderungen nur erhoben haben, um die Bergarbeiter ihren politischen Zwecken dienbar zu machen, noch nicht nachgewiesen, dass dieselben erfüllbar sind. Dieser Nachweis ist auch nicht möglich. Aber obwohl davon, müssen wir es auch ablehnen, und auf diese Weise den sozialistisch-bolschewistischen Führern und damit der Gegenrevolution dienstbar machen zu lassen.

Dass die sozialistisch-bolschewistischen Parteiführer nur der Gegenrevolution dienen, wurde auch in Bielefeld klar und klar zum Ausdruck gebracht. Mit allen gegen eine Stimme, bei drei Stimmenabstimmungen, wurde folgende Entscheidung angenommen:

"Gegenüber den spartakistischen Versuchen, unter der Maske der Schaffung einer Einheitsorganisation den Bergarbeiterverband zu zerstören, fordert der Aktionsausschuss die Kameraden zum schärfsten Widerstand auf. Der Bergarbeiterverband war nie ein Gegner der Einheitsorganisation. Er hat diesen Gedanken vielmehr jahrelang vertreten und trat zu einer Zeit, als ein großer Teil der heutigen Wissenschafter der Kommunisten noch unorganisiert oder gelb waren und nach der Freiheit der Unternehmer trachteten. Zur Verstärkung der Organisationsmacht ging der Verband mit den anderen drei Verbänden eine Arbeitsgemeinschaft ein, die er weiter auszubauen sucht. Die Schaffung einer neuen Organisation führt die Bergarbeiter von dem Einheitsideal immer weiter ab und bringt nur eine weitere Zersplitterung, an der nur die Unternehmer ihre Freude haben können.

Der Aktionsausschuss warnt die Kameraden ernstlich, ihre Organisation zu schädigen, denn dann würde nur dem Privatkapitalismus Vorschub geleistet, der in der sozialistischen Weiterung und Vermehrung des sozialen Mittels steht, um der politischen und wirtschaftlichen Gegenrevolution zum Sieg zu verhelfen.

Der Aktionsausschuss hält die Einführung des Plättystems im Produktionsprozess, wie dieses von der Regierung bereits grundföhlich angestellt ist, für ein dringendes Gebot und empfiehlt bis zur gelegentlichen Regelung die vorläufig geöffneten Verhandlungen weiter auszubauen und zur sozialen Durchsetzung zu bringen."

Also auch in der Beurteilung der hier berührten Fragen herrschte fast völlige Übereinstimmung. Wer die Einheit will, darf nicht neuer Beschäftigung dienen. Wir haben die Einheit immer vertreten und werden es auch ferner tun. Ebene haben wir alle Forderungen der Bergarbeiter erneut, soweit sie erfüllbar sind. Das wird auch fernerhin geschehen. Aber wie können wirre Tätigkeit nicht auf Augenblickserfolge einstellen, die sich nicht halten lassen, sondern Rückschläge unvermeidlich machen. Diese Rückschläge würden uns politisch und wirtschaftlich in Abgründe werfen und alles zerstören, was unter keiner losen Opfern in Fabrikaten aufzuharbeiten wäre. Nur völlig unverantwortliche Elemente können ein solches Handeviel treiben mit dem Schicksal des arbeitenden Volkes.

Die Verhandlungsfrage wurde ebenfalls eingehend besprochen. Auch hier breite Einvernehmen über die Meinungslosigkeit, nur über die Möglichkeit einzurichten die Kämpfen auszutauschen. Die anderen Verbände sind wohl zur Arbeitsgemeinschaft bereit, sie wollen aber innerhalb dieser ihre Selbständigkeit erhalten. Das haben sie klar ausgesprochen. An dieser Stelle stimmen wir nichts ändern. Die Entscheidung liegt also nicht bei der Verbandsleitung, sondern bei den anderen Verbänden und letzter Endes bei den Bergarbeitern selbst. Die anderen Verbände wollen ihre Selbständigkeit erhalten und bestätigen sich nur unter dieser Bedingung an der Arbeitsgemeinschaft. Diese Entscheidung steht also fest. Die Bergarbeiter haben sich ebenso entschieden und zwar so, wie es in den Mitgliedern der einzelnen Verbände mit den zuständigen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. An diesen teilnehmenden Verbänden kann die Verbandsleitung also nichts ändern.

Schließlich wurde noch die Frage der Sommerzeit besprochen, die am 24. April wieder anstreben soll. Wir haben uns früher und auch jetzt in Einigkeit mit militärischen Verbänden da unten gewandt, um sie zu fordern. Da Sommerzeit soll einschließen werden, darf sie für andere Wirtschaftszweige den anstreben. Es gehen zwei verschiedene Arten der Sommerzeit ein: eine einzelfür einzelne Branche einzuschließen. Der Aktionsausschuss empfiehlt daher, die Sommerzeit auf den Gruben so zu vereinigen, dass die Kämpfe der Sommerzeit für die Bergarbeiter aufzugehen. Die Kämpfe der im Bergbau tätigen Arbeiter zeigen nicht so sehr schädlich auch außerhalb teilgenommen. Unsere Verbandskameraden müssen daher dafür die vorherrschenden Schritte unternehmen, um die Mäßigung der Sommerzeit auf diese Weise für die Bergarbeiter auszugleichen.

Das wird natürlich von den sozialistisch-politisch und sozialwirtschaftlich engagierten Arbeitern und Arbeitern in eigener Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer, die sie erheben, Forderungen eingebracht, die zu erfüllen erscheinen. Sie erheben Forderungen, die zu erfüllen sind, ob durchaus fassbar sind oder nicht. Und wenn es ihnen unter die Bedingungen nicht gelingt, diese Forderungen durchzuführen, dann kann das wieder in neuen, weitergeführten Forderungen enden. So tritt eine Fortsetzung die andere wie ein Preis den anderen tritt. Nun ist es jetzt diese Konstante ein, bis der Zusammenbruch da ist. Dann gibt es ein furchtbare Ereignis.

Ganz solche Selbstmordpolitik waren natürlich die Bergarbeiterverbände nicht befähigt. Das würde in allen gewerkschaftlichen, politischen und sozialwirtschaftlichen Erfahrungen irgendeine Schule schlagen. Sie müssten sich vielleicht allen Forderungen entgegenstellen, die unerfüllbar sind und folglich keinen Preis am nächsten Zusammenbruch unterer Wirtschaftszweig führen müssen. Das bringt es natürlich politisch und wirtschaftlich ungeeignete Arbeitern und Angestellten, welche solche Forderungen erheben. Welche Stimmung daraus entsteht, davon zeigt die vorstehende Notiz. Aber auch das darf die Bergarbeiterverbände nicht veranlassen, eine solche Selbstmordpolitik zu betreiben.

Auch die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen lehnen eine solche Selbstmordpolitik ab. So veröffentlichten z. B. der Vorstand und die Bevölkerung des über 270 000 Mitglieder zählenden Deutschen Eisenbahnerverbandes im Verbandsorgan "Deutscher Eisenbahner" vom 29. März folgenden Aufruf:

"Folgerungen: Da vorher Stunde werden wir uns an euch! Unser gesamtes Wirtschaftsleben ist erschüttert, der langjährige Krieg hat es in Trümmer geschlagen; uns droht völkerlicher Ausgangsbruch. Dazu darf es nicht kommen, denn auch unter der Wirtschaftskrisis kann der Bruder nicht sterben. An dem Widerstand unseres Wirtschaftslebens mitzuwirken ist unsere Pflicht. Dessen Widerstand sind die gewerkschaftlichen Organisationen, vor allem auch unser Verband, bemüht. Parallel Aktionen vorher nicht aufzubauen, sondern fortwährend. Die bald ist, bald dort aufzuhorchenen Forderungen des Wirtschaftslebens gerichtet auf die Gewerkschaftsarbeit. Ohne eine sichende Wirtschaftsarbeit können wir aber nicht existieren. Deshalb erfordert die Gesellschaft: Wenn wir den Arbeitseinsatzungen in der gegenwärtigen Stunde abrufen, so handelt es sich um die wichtigste Sicherstellung der Errungenheiten der Revolution. Es gilt: Politische Freiheit zu erhalten. Deshalb arbeitet mit, heißt und unterstützt uns. Folgt und vertrete den Führer des Verbandes! Alle Aktionen mit und durch die Organisation. Arbeitseinsatzungen können nur erfolgen, wenn sie von der Organisation vorbereitet und geführt

Werkzeuge der Gegenrevolution.

Die Erdbeben über die Ausänderung durch Kriegsgemüter, Schieber, Schleichhändler, Wucherer usw. sowie der Hunger lassen die politisch, gewerkschaftlich und wirtschaftlich ungeschulten Bergarbeiter nicht zur Selbstverantwortung kommen. Außerdem führen sie sich hinsichtlich der Schichtzeit sowohl wie auch der Löhne gegenüber anderen Gewerkschaften hinzu. Sie fragen nicht danach, ob es sich hierbei um Augenblicks- oder Dauerfolge handelt und ob dieselben in tragbarem Verhältnis zur allgemeinen Volkswirtschaft stehen oder nicht. Wie hierüber auch ehrliche Bergarbeiter denken, zeigt folgende Notiz aus dem führenden Zeitung der "Gelsenkirchener Zeitung" vom 31. März 1919:

"Mörfelden, 20. März. Laut Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters Hobohm wird ab 1. April für die Gemeinde beauftragt der Bürgermeisterei Northhausen die angestellte Arbeitzeit eingeführt. Die Dauer der Arbeitzeit ist auf 7 Stunden festgesetzt und beginnt 8 Uhr vormittags und endet 5 Uhr nachmittags. Gleichzeitig mit dieser Neuregelung ist eine Erhöhung der Beamtengehälter genehmigt worden. Mehr Gehalt bekommen kann man wohl nicht vorstellen. Verkürzung der Arbeitszeit mit gleichzeitiger Gehaltserhöhung. Am Schluß der Bekanntmachung heißt es dann: "Die Einwohner werden gebeten, die Büroarbeiten zu beachten und sich stets einzufinden." Ich bin der Meinung, der den Gemeindebeamten eine Arbeitserhöhung auf jeglichen Kosten nicht mögliche. Hier ist aber doch wohl die Frage angetreten: Kann diese Neuerung durchgeführt werden, ohne gerade für und gegen die Bergleute nach sich zu ziehen? Gibt die Kameraden der Bergmannschaft es kaum möglich, vor 8 Uhr nachmittags zu Hause zu sein, geschweige sich noch umzuziehen (womit meistens ganz abgezogen) und rechtzeitig auf dem Bureau zu sitzen und die Bürothe der Arbeit zu verhindern? Ich kann wohl nicht in diesem Falle die Bergleute, die nicht gegen eine solche Forderung eingeführt haben, liegen, und es wird höchstens Abänderung geschaffen werden, denn die Gemeindebeamten sind doch wohl für uns da und nicht umgekehrt. — Nun die Sache von einer anderen Seite betrachtet. In vielen Tageszeitungen und Fachblättern der Organisationen wird immer wieder darauf hingewiesen, welch grobartige Verbesserungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete die Bergarbeiter unter Tage erwarten hatten. Es ist wahrscheinlich, dass hierbei die Bergarbeiter unter Tage etwas näher zu berücksichtigen und auf ihre richtige Platz zurückzuführen. Was haben wir Bergleute denn erreicht im Vergleich zu den Arbeitern unter Tage? Vergleichung der Arbeitshalt von sage und schreibe einer halben Stunde. Gelsenkirchen! Ach ja, die Löhne sind gewaltig hoch, das ein Familienvater, der eine steife oder schwere Faust zu erzeigen hat, seine

seine Not hat, sitzt und die Seiten anständig durchzubringen, und wenn nicht zu ungewöhnliche Fälle Arbeitshaltungen den Bedarfserhöhungen oder Meidungssätzen anpassen müssen, so können diese nur gemacht werden auf Kosten der Lebensführung der Familie. Das sind Tatsachen, von denen ich jeder überzeugen kann, der es will. Wenn mich man nicht antworten, fügt diese erhebliche Ansprüche an das Leben die Arbeit und Angestellten über Tage genau so treffen, als den Bergmann. Das stimmt wohl nicht so ganz. Und wohl von einem Bergmann, ausgenommen vielleicht dem dem Gewerkschaften ein derartiges Anspannen der Kräfte verlangt, als vom Berufe des Bergmanns? Da wohl ein Bergmann da, der eine so erhebliche Frühinvalidität aufweist, wie der unselige? Wo an den menschlichen Körper derartig hohe Anforderungen gestellt werden, da kann ihm auch, wenn er nicht ganz gründlich gehoben soll, eine gewisse Menge Arbeitshaltungen angezeigt werden, als dort, wo nicht soviel verlangt wird. Dass diese unbedingt nötigen Nahrungsmitteleinfluss auf den Menschen des Bergbaus für schweres Geld zu haben sind, weiß jeder, und das eben diese Arbeitshaltung der absolut nötigen Arbeitshalt die Lebensweise des Schwerarbeiter erneut verschärft, ist ohne weiteres klar. Und wie steht es mit unserer sozialen Fürsorge im Vergleich zu den staatlichen Arbeitern und Angestellten aus, wenn wir nicht mehr arbeiten können? Ja, da ist manchmal im Staate Dämmer. Es ist eine traurige Tatsache, dass gerade diejenigen, die früher nie einen Finger gerührt haben um Verarbeitung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer, die nie ein Preis für die Arbeit und Angestellten geben müssen, so zu tun, als ob sie erheben, Forderungen, die zu erfüllen erscheinen. Sie erheben Forderungen, die zu erfüllen sind, ob durchaus fassbar sind oder nicht. Und wenn es ihnen unter die Bedingungen nicht gelingt, diese Forderungen durchzuführen, dann kann das wieder in neuen, weitergeführten Forderungen enden. So tritt eine Fortsetzung die andere wie ein Preis den anderen tritt. Nun ist es jetzt diese Konstante ein, bis der Zusammenbruch da ist. Dann gibt es ein furchtbare Ereignis.

Ganz solche Selbstmordpolitik waren natürlich die Bergarbeiterverbände nicht befähigt. Das würde in allen gewerkschaftlichen, politischen und sozialwirtschaftlichen Erfahrungen irgendeine Schule schlagen. Sie müssten sich vielleicht allen Forderungen entgegenstellen, die unerfüllbar sind und folglich keinen Preis am nächsten Zusammenbruch unterer Wirtschaftszweig führen müssen. Das bringt es natürlich politisch und wirtschaftlich ungeeignete Arbeitern und Angestellten, welche solche Forderungen erheben. Welche Stimmung daraus entsteht, davon zeigt die vorstehende Notiz. Aber auch das darf die Bergarbeiterverbände nicht veranlassen, eine solche Selbstmordpolitik zu betreiben.

Auch die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen lehnen eine solche Selbstmordpolitik ab. So veröffentlichten z. B. der Vorstand und die Bevölkerung des über 270 000 Mitglieder zählenden Deutschen Eisenbahnerverbandes im Verbandsorgan "Deutscher Eisenbahner" vom 29. März folgenden Aufruf:

"Folgerungen: Da vorher Stunde werden wir uns an euch! Unser gesamtes Wirtschaftsleben ist erschüttert, der langjährige Krieg hat es in Trümmer geschlagen; uns droht völkerlicher Ausgangsbruch. Dazu darf es nicht kommen, denn auch unter der Wirtschaftskrisis kann der Bruder nicht sterben. An dem Widerstand unseres Wirtschaftslebens mitzuwirken ist unsere Pflicht. Dessen Widerstand sind die gewerkschaftlichen Organisationen, vor allem auch unser Verband, bemüht. Parallel Aktionen vorher nicht aufzubauen, sondern fortwährend. Die bald ist, bald dort aufzuhorchenen Forderungen hätten denn wohl wie Bergleute ein Recht, die wir am Stichmutterlohn von allen bedroht worden sind? Auch wir sind Menschen und haben das Recht, Anspruch darauf zu erheben, dass wir wie Menschen behandelt werden." Das wird völkerliche Forderungen, wenn Handel und Industrie darüber liegen und der Werkfeind nicht!

Deshalb erfordert die Gesellschaft: Wenn wir den Arbeitseinsatzungen in der gegenwärtigen Stunde abrufen, so handelt es sich um die wichtigste Sicherstellung der Errungenheiten der Revolution. Es gilt: Politische Freiheit zu erhalten. Deshalb arbeitet mit, heißt und unterstützt uns. Folgt und vertrete den Führer des Verbandes! Alle Aktionen mit und durch die Organisation. Arbeitseinsatzungen können nur erfolgen, wenn sie von der Organisation vorbereitet und geführt

werden. Lehnt darum die Beteiligung an den wilden Streiks ab, sie führen zum Zusammenbruch und trüben die Reaktion.

Wir vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Mitglieder und appellieren an sie, daß sie unsere Mahnung befolgen. Es gilt die schwere Not der Zeit zu befechten, und dazu bedarf es gemeinschaftlicher Arbeit. Kollegen! Läßt diese eindringliche Mahnung nicht ungehört verhallen, arbeite mit uns gemeinschaftlich in Kollegialität und Treue; wenn dies geschieht, ist uns eine bessere, glücklichere Zukunft gesichert.

Vor planlosen Aktionen und wilden Arbeitseinstellungen wird hier eindringlich gewarnt, weil sie nicht aufbauend, sondern nur zerstörend wirken. Der Deutsche Eisenbahnerverband denkt mit ihm auch nicht daran, eine Forderung von 3,50 M. Stundenlohn zu vertreten und noch weniger kann dieselbe bewilligt werden. Solche Forderungen zeigen nur davon, daß die in Vertrag kommenden Eisenbahner jeder gewerkschaftlichen, politischen und volkswirtschaftlichen Schulung bar sind. Der "Deutsche Eisenbahner" vom 20. März schreibt dazu entschuldigend:

"Vor dem Sklaven, der die Ketten bricht,
Vor dem freien Manne zittere nicht!"

Die Eisenbahner, Jahrzehntlang unfrei, geknechtet, gequält, bevorzugt, sind frei. Die Revolution machte sie zu freien Männern und sie nahmen die Freiheit in Besitz, um davon Gebrauch zu machen. Das ist ihr gutes Recht, ja es ist ihre Pflicht. Wenn sie von ihrer Freiheit noch nicht den richtigen Gebrauch zu machen wissen, dann darf man es die Eisenbahner nicht entziehen lassen, nicht sie tragen die Schuld, wenn die falsch verstandene Freiheit zur Gefahr zu werden droht, sondern die so die Eisenbahner in Ketten schlugen und sie jahrelang als Sklaven behandeln.

Es muß im Anschluß hieran denn doch gesagt werden, daß sich die Eisenbahner immer in Ketten schlägen und als Sklaven behandelt werden, sonst wäre das gar nicht möglich gewesen. Und so steht es auch mit allen sonstigen Arbeitern und Angestellten, die in gleicher Weise behandelt wurden. Gerade diejenigen Kreise missbrauchen die Freiheit jetzt am meisten, die wenig oder nichts zu ihrer Entwicklung getan haben. Sie erheben immer weitgehende Forderungen, ohne zu prüfen, ob dieselben erfüllbar sind oder nicht, und lösen damit eine Stimmung aus, wie sie in der Notiz der "Gelsenkirchener Zeitung" zum Ausdruck kommt.

Freiheit, Rechtsfähigkeit und Unverstand waren die stärksten Mitteln der alten Herrscher. Freiheit ist jetzt vielmehr zur Großmäusigkeit, Rechtsfähigkeit zum Spartanismus geworden. Großmäusigkeit und Spartanismus missbrauchen den Unverstand. Die alten bewährten Führer aus den Reihen der Arbeiter, Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut, die von der Kiefer auf in der Arbeiterbedeutung gedient und dafür die schweren Opfer gebracht haben, werden von spartanischer Großmäusigkeit des Berrats bestuhlt, mißhandelt und mißgebüßt. Gurreichreier von gestern und die wilden Reden Friedländer von heute. Wer die weitgehenden Forderungen stellt und die radikalsten Reden hält, ist führt. Die Masse fragt nicht nach seinem Wert und nach seiner Vergangenheit. Die fragwürdigen Elemente können sich ungehemmt ausspielen. Freiheit, Rechtsfähigkeit und Unverstand, die härtesten Mitteln der alten Gewalten, werden so zu Werkzeugen der Gezeitenrevolution.

Wann und wo unter des Trauerspiels?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht unser Kamerad Otto Hue folgenden Artikel, dessen allgemeine Beachtung die Selbstbehauptung erfordert:

Nach wenigen Wochen verblüffender Höhe soll eine neue Volksabstimmung im Ruhrleiterbergbau ein. Gleichzeitig wird bekannt, daß das Kohlemonopol ab 1. April den "Richtpreis" pro Tonne Kohlen um 20 Mark erhöht. Dies macht seit Ausbruch der Revolution eine Tonnenpreiserhöhung von 21,20 M., während im Laufe der 4 "Kriegsjahre" der "Richtpreis" um durchschnittlich 11 bis 12 Mark hinausgezogen wurde.

Werfe jetzt wieder den zähndenden Nagel an unter Vorstellung von Abrechnungen verschämt, infolge der canonen Schlopftiefelpflicht, hauptsächlich durch starke Förderung, wirtschafteten ja alle Werke seit November mit Erfolg. Am Oktober 1918 betrug die arbeitsfähige Gesamtförderung rund 320 000 T., im März schwante sie zwischen 210 000—227 000 Tonnen! Da die ausstehenden Ablagen auf große Erholungen eingestellt sind, muß natürlich ein Förderrückgang von gut 10 Prozent selbst die besten Sechen unterstehen, auch wenn sonst die Ausgaben um Löste, Gehälter und Material nicht absoluft gestiegen wären. Es gibt aber bekanntlich Anlagen, die auch in normalen Zeiten kein durchschnittliches Ergebnis erzielen könnten. Diese Anlagen stehen heute vor der Entlastung, wenn keine gründliche Wandlung in den Erzeugungsverhältnissen eintrete! Wir erleben dann eine Stilllegungsaktion in sehr viel größerem Umfang, als wie sie vor etwa 15 Jahren gehabt haben. Die Sozialisierung dieser Betriebe würde sie endgültig retten können, denn auch der sozialisierte Betrieb kann nicht durch sie die allgemeinheit belastende Jubiläen erhalten werden, wobei sich überall Belegschaftsräte, die schon auf eigene Faust sozialisierte Betriebe vertraten, überzeugen konnten.

Wir hatten die Hoffnung, der im November infolge der sinnellen Entlassung von mehr als 70 000 Kriegsgefangenen und der abschließenden Wiederaufstellung naturgemäß eingetretene Kurz-Förderrückgang würde im Maiestens im Januar oder Februar wieder eingeschränkt ausgleichen. Die Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen! Die geistige Unterkunft in den Betriebsräten dauert an. Eine Arbeitseinstellung, ein Demonstrationsstreik folgte dem anderen in tiefen Zwischenräumen. Die Organisationen erzielten Schichtverkürzungen und Sohnenabzüge, auch Teuerungsabzüge, ließen eine Sache zur ordentlichen Verhandlung über die Arbeitszeitregelungen, um schließlich die unseriösen Betriebsleiter außerordentlich schwer schwädigenden Produktionsstörungen zu vermeiden. Wir wissen, daß die geozentrische und sozialistische Elemente geradezu Streiks gegen die demokratische Neuordnung unserer sozialistischen Verhältnisse inszenierten. So kamen die Belegschaften eigentlich nicht zur Ruhe; zeitweilig kam es sogar zum Bürgerkrieg mit Maschinengewehren und Handgranaten. Die Förderung fiel, die Produktionszahlen fliegen, die Preise wurden erhöht und der Arbeiter hatte keinen Genuss von seiner Leistungsbesserung. Die Kurze, die Lage stieg und so blüht der Betrieb solcher Leute, die den Belegschaften die phantastischen Altheitmittel andreisen in Nachfrageimanier.

Die Betriebsverhältnisse geben ihre neuen Preiserhöhungen berechtigt auf der Basis einer 7½%igen Schicht ab 1. April nebst entsprechender Lohnzurückführung. Jetzt aber ist schon eine Reihe von Belegschaften von sich aus übergegangen zum Verfahren der Scheidung und Schiedsrichter (ohne Eins- und Zusatzschicht). Arbeiterausfälle, Zehnertausend und Belegschaftsversammlungen erklären mir zwar, durch diese Schichtverkürzung solle und werde die Förderung nicht sinken. Der einen Willen wäre ich gern, aber ich habe aus den Förderlisten von Schächten, auf welchen ich die Belegschaften die Schichtverkürzung genommen haben, ermittelt, daß tatsächlich ein Förderrückgang von 12 bis 15 Prozent eingesetzt ist! Damit zu urteilen würden wir nach allgemeiner Einführung der Schichtverkürzung nur noch eine Tagesförderung von unter 200 000 Tonnen haben!

Infolge der letzten Kohlenbeizeiterhöhung hat der Roheisenverband seine Preise um 107—147 M. pro Tonne hinausgezogen! Vor dem Kriege stand der Roheisenpreis auf unter 100 M., nunmehr steht er auf 396—421 M. pro Tonne! Welcher der nunmehrigen Mensch glaubt, daß das ein gutes Ende nehmen kann, daß wir bei solchen Preisen unsere schwer niedrigliegende Volkswirtschaft wieder gesund machen, in das Ausland Eisen- und Stahlfabrikate, Maschinen, Werkzeuge usw. ausführen können, um Preis für unsere hungrenden Kosten zu erhalten?

Wie können wir Rothen, Raltsalze, Fabrikate unserer Eisen- und Stahlindustrie mit dem Ausland gegen Maßnahmen mit dem eingeschlossenen, wenn unsere Kohlenförderung nicht einmal für den eigenen Bedarf ausreicht und zudem unsre Preise so hochgestellt sind, daß das ferne Amerika uns sogar im europäischen Wettbewerb schlagen kann? Wie kann wir die Menge, die eine wichtige Arbeitsergebnisse bei uns zu Vorteile wünscht, wenn zahllose Fabrikaten und Werkstätten wegen vergangtem Kohlenmangel überzeugt nicht mehr betriebsfähig sind? Die Zahl der Arbeitslosen wächst, Hunger und Verarmung reden. So gewißlich einspor! Der Sozialist ist, muß diesem Geschehen mit Grauen gegenüber-

stehen. Wer kein Sozialist ist, kein Gemeinschaftsgefühl besitzt, wer nur an seine persönliche Angelegenheit denkt, dem allerdings kann es gleich sein, was aus unserem Volle und seinen revolutionären Errungenschaften wird.

Ich bin kein Gegner der bergmännischen Geschäftskundensicht, halte sie vielmehr in durchführbar, nachdem die technischen und persönlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Als allgemein der Schichtentag eingeführt war, halte der in der gesundheits- und sehr lebensgefährlichen Bergarbeitenden Bergmann einen Anspruch auf eine kürzere Schicht. Ich würde auch durchaus die von unseren Kameraden vorgebrachten Klagen über förmliche Erschöpfung infolge der Unterernährung, die eine bessere förmliche Erholung bedingt. Man betrachte sich nur die abgehungerten Gestalten in den Bergbausversammlungen! Die Bergarbeiterverbände haben längst das Verbot der Überarbeiten, die allgemeine Schichtverkürzung gefordert, haben vor sich wie oft, noch vor wenigen Wochen wiederholt und dringlich die besten Nahrungsversorgungen verlangt. Wenn die ersten beiden Forderungen noch nicht erfüllt wurden, so tragen daran die großen Bergbaussoziale die Schuld, die es nicht für nötig hielten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, dafür aber heute in der ungünstigsten Weise auf die Verantwortlichen der Organisationen hinaus.

Nicht nur die Bergarbeiterverbände, sondern auch Werksvertreter stehen der Schichtverkürzung im Bergbau nicht absolut ablehnend gegenüber. Die Frage ist nur, ob uns ihre Einführung in der heutigen Zeit nicht noch tiefer in das wirtschaftliche Elend hineinbringt! Diese Aktion fällt doch in eine Zeit, wo Hunderttausende Arbeitlose auf Schlafzonen zu hoffen warten, um Beschäftigung zu hoffen! Fällt in eine Zeit, wo Belegschaften, Betriebs- und Werkstätten wegen Rohstoffmangel nur wenig Baumaterialien liefern können und wir deshalb unter großer Wohnungsschlacke müssen mit leben können. Fällt in eine Zeit, wo Nahrungsmitteleinbußen (Preisschärfen, Mühlen usw.) und Landwirtschaft wegen Rohstoffmangel den Betrieb einschränken, wo unsre Bergarbeiter (Kali, Glas) wegen Rohstoffmangel nicht ausstehen sind, die Landwirtschaft zu bedienen, wie es zur Alterbestellung unbedingt nötig ist. Fällt in eine Zeit, wo wir Brot, Fette, Fleisch, Früchte, Kleidung, Schuhzubehör usw. vom Auslande mit erhalten können, wenn wir dafür kostspielig, teuer, teils Eisen- und Stahlabschläge usw. bezahlen!!!

Man bedenke nur diese schreckliche Lage! Unter Acht, vor allem unsere Industriearbeiterchaft, muß unabdingt Nahrungsmitte haben, sonst verlieren wir in Gründ und Boden. Dagegen aber leben und hören wir von Streik, Streik, Streik und immer wieder Streik, erleidet eine enorme Produktionsausfall und es steigt darum die Zahl der Arbeitslosen. Ein schreckliches Drama spielt!

Erkenne wie vor dem letzten Akt dieses Trauerspiels? Und wie wird es enden? Sollen die Freunde der Revolution, die Anhänger des alten Regiments triumphieren, weil die Arbeiterschaft nicht besteht, daß die immer wieder empfehlenden Streiks nur deren, die in Endosse des "kommenden Mann" feiern, in die Hände arbeiten? Ist die deutsche Arbeiterschaft wirklich noch nicht soviel für einen vernünftigen Gebrauch der Freiheit? Die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft sich bewusst, es tatsächlich auf den Auskunkt gefügt, wenn man erlebt, daß große Belegschaften sich von volkswirtschaftlich unmisslichen, sinnlich aufzutrennen, ehrlich austauschenden und ebenso sinnlich verbindenden Personen zu schützen und beschützen verleisten lassen, die das Elend nur noch größer, unsere Zukunft nur noch trostloser machen.

Wer überwiegend in Meißn und Thürz der Arbeitersbewegung mitgetreten, verzweigt und mitmachte hat, der steht nun mit fieslem Schmerz, wie der schon von Lassalle gegenwärtige Kieverstand drauf und dran ist, alles zu zerstören, was ehrliche Deutschen und Kameraden möglicherweise aufgebaut haben. Mancher von ihnen möchte heute mindestens zweifeln zu sein, damit er einen solchen entsetzlichen Selbstmord der Arbeiterschaft nicht mit erlebt hätte.

Bleibt euch, Proletarier! Rettet eure Zukunft und die eurer Kinder! Beende das schuftbare Trauerspiel, das wir der Welt in den letzten Wochen und Monaten geboten haben. Findet ihr dazu nicht die rechte Kraft und männliche Selbstdisziplin, dann ist der letzte Akt des Trauerspiels der Katastrophenbruch aller sozialistischen Hoffnungen! Eine Nacht voll Grauen ist das entsetzliche Ende. Das ist die brutale Wahrheit, die zu sagen jeder ehrliche Sozialist verpflichtet ist.

Zollwirtschaftliche Rundschau.

Arbeitskleidung steuerfrei, Gewerkschaftsbeiträge nicht.

Die Generalkommission der freien Gewerkschaften richtete am 8. März an das Preußische Finanzministerium die Grüttchen, die Steuerbehörden anzupreisen, daß von dem zu veranlagenden Einkommen der Arbeitnehmer keine in Höhe der Ausgaben für Arbeitskleidung und für Gewerkschaftsbeiträge zulässig sind. Der Finanzminister hat auf die Grüttchen unter dem 19. März folgenden Bescheid erteilt:

"Die Arbeitnehmer, d. h. die über den erforderlichen gesetzlichen Verhältnissen befindenden Leute, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erlauben, sind als 'Werbeausgaben' nach § 8 I des Einkommensteuergesetzes vom Finanzminister aus gewinnbringender Belebungszweck abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens des Finanzministers monatlich auf angemessene Verleihstätigkeit dieser Abzüge hinzugetreten worden, und ich darf annehmen, daß na eingeschrittenen hierauf verfahren wird. Sollen in Einzelfällen trotzdem für berechtigte erachtete tatsächliche Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden, so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der geleglichen Rechtsmittel die Verurteilung anzugreifen.

Falls in irgendeinem Veranlagungsziel der Abzug für Arbeitskleidung allgemein versagt sein sollte, wäre mit Mitteilung hierüber einzuholen.

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge der Überverwaltungsgesetz nicht dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig. Sie fallen nicht unter die im § 8, 1—5 des Einkommensteuergesetzes als abzugsberechtigt aufgeführten Beiträge zu den behördlichen Verpfändungen, sind auch nicht nach § 8 II a. a. L. zum Abzug zugelassen, weil sie dem zu ihrer Errichtung Verpfändungen keinen klugbaren Anspruch auf bestimmte, in den Rahmen jener geistlichen Vorrechte fallende Parteien gewähren und können endlich auch nicht nach § 8 I als Werbeausgaben abzugsfähig sind. Der Finanzminister hat auf die Grüttchen unter dem 19. März folgenden Bescheid erteilt:

"Die Arbeitnehmer, d. h. die über den erforderlichen gesetzlichen Verhältnissen befindenden Leute, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erlauben, sind als 'Werbeausgaben' nach § 8 I des Einkommensteuergesetzes vom Finanzminister aus gewinnbringender Belebungszweck abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens des Finanzministers monatlich auf angemessene Verleihstätigkeit dieser Abzüge hinzugetreten worden, und ich darf annehmen, daß na eingeschrittenen hierauf verfahren wird. Sollen in Einzelfällen trotzdem für berechtigte erachtete tatsächliche Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden, so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der geleglichen Rechtsmittel die Verurteilung anzugreifen.

Falls in irgendeinem Veranlagungsziel der Abzug für Arbeitskleidung allgemein versagt sein sollte, wäre mit Mitteilung hierüber einzuholen.

Im Vorstehenden sind wir auf die uns mitgeteilten Behauptungen und Gerüchte eingegangen. Es stellt sich bei näherer Nachprüfung heraus, daß alle Behauptungen und Gerüchte unwahr sind und eine Nachprüfung nicht vertragen können. Unsere Mitglieder ersehen aber auch, mit welch schalen Mitteln die Spartaisten und Syndikalisten arbeiten. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen die Gegner der Bergarbeiterbewegung, sondern gegen unseren Verband. Sie leisten lediglich Endes der Reaktion Helfersdienste. Wie richten deshalb an alle Funktionäre und Mitglieder die dringende Aufforderung, diesen Berufsverein der Bergarbeiterbewegung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Verband vorstand.

"Allgemeine Bergarbeiter-Union".

So nennt sich das "Organ der revolutionären Bergarbeiter Deutschlands", das in Essen erscheint, aber weder Druck noch Schriftleitung nennt. Für die wüsten Aussätzungen, Geflüsterberichte und Schimpfsprüche, die dieses Blättchen enthält, will also niemand die Verantwortung übernehmen. Das Blättchen steht in dieser Beziehung auf derselben Höhe wie das ebenfalls in Essen erscheinende "Organ der kommunistischen Partei Deutschlands" "Spartacus". Nach diesem Blättchen sieht sich der Centralsekretariat oder die Neuerkommission us folgenden Personen zusammen: Schürken, Arnold Wagner, Koering, Carl Wagner, Konietzny, Wiggohoff, Leiber, Sperling und Schneider. Wer kennt die Namen, die alle hier zusammenkommen! Es handelt sich ja fast ausnahmslos um völlig unbekannte Grüppchen, die plötzlich aus dem Dunkel aufgetaucht sind, um die Gräßernisse für die Bergarbeiter zu spielen. Den Bergarbeiterverbänden wird das Recht von diesen Leuten abgesprochen, die Bergarbeiter fernher zu vertreten. An Ablösung fehlt es ihnen also nicht. Ihre übrigen Fähigkeiten stehen aber im ungeliebten Verhältnis zu ihrer Ablösung, das werden alle Bergarbeiter erfahren, die Gefolgschaft leisten. Wer sich vor frühen Erfahrungen und Schaden bewahren will, der darf sich nicht den verächtlichen Interessen und den spartanisch-syndikalischen Zielen dieser Leute dienstbar machen, sondern muss seiner in Jahrzehntelanger aufbauender Arbeitsbewegung treu bleiben.

Geschließung der Verbandsvorstände.

Eine Vorständekonferenz der vier Bergarbeiterverbände besaß sich am 31. März in eingehender Beratung mit der Lage im Ruhrgebiet. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

"Die Organisationen müssen mit dem Bergarbeiterverband festhalten. Sie sind aber nicht Gegner der Schichtverkürzung, sondern sind der Überzeugung, daß diese Schichtverkürzung mit Rücksicht auf die allgemeine Einführung des Schichtentags den Bergleuten unter Tage zutrifft.

Das hierdurch zwei ganz entgegengesetzten Richtungen angehörende für die Angestelltenchaft würde es sich empfehlen, daß sie sich in diese Frage zur klarheit durchdringen und sie voll erlernen, welche Organisationsform sie sich allein anschließen müssen, um zu den Fragen der Zukunft entschieden Stellung zu nehmen."

Ausknieker der sozialdemokratischen Querzelbereiche.

Dem früheren minderheitssozialistischen Volksbeamtenkongress Barth war im "Berliner Tageblatt" nachgesagt worden, daß sich auf seinem Bericht über die Weise nach Überzeugen ergebe, daß sich Angestellten und Angestellte über Partei hinwegsetzen, was möglich geschehe. In einer Zuschrift an das "Berliner Tageblatt" kommt Barth zu seiner Rechtfertigung auf die in der Stadt Hindenburg angenommene Entschließung zu sprechen, betont sich wiederholt als "sozialdemokratischer Gegner" alter örtlichen Wirtschaft und macht dabei Entschließungen wie puresches und deutsches Kapital bei diesen Wirtschaft interessiert ist. Für die Hindenburg-Geschäftlichkeit heißt es zunächst:

"Die oberbürgerliche Arbeiterschaft kommt nur ordnungsgemäß beschlossene Bewegungen zu führen und Unverantwortliche vom Kapital bestossen in die Schranken zu setzen."

Dazu bemerkt Barth in seinem Schreiben an das "Berliner Tageblatt" folgendes:

"Der Staatskommunist Dr. Gottsch war der Aussicht, daß der Beweis großerpolitisches Geld eine Rolle spielt — ich befürte das nicht, sondern glaube es zu —, ich bin aber der Aussicht, daß Geld der oberbürgerlichen Großkapitalisten ebenfalls hierzu im Wettbewerb kommt, die Worte des Herrn Bergarbeiter-Kongressen hierzu, der wortlich legte — auf meinen Hinweis, daß das Einspielen der Hochöfen und damit eine zwei- bis dreimonatige Betriebsstillstand zu gestreichen sei — Das macht nichts, in zwei bis drei Monaten haben wie sowieso keine Abschlässe mehr, und wenn sie sehr stillstehen, dann bricht das unhalbare System um so schneller zusammen."

Reich einzigen weiteren, hier nicht interessierenden Aussätzungen kommt dann Barth zu folgendem Bekanntnis gegen den Aussichtsmeister:

"Aber ich erkläre offen, wenn es noch mit ginge, müßte jeder Aussichtsmeister das Erklären der revolutionären Arbeiterschaft vor das Erklären der Arbeiterschaft verzögern, um die größtmöglichen Erfolge zu erzielen."

Barth erklärt hier jeden Aussichtsmeister als den größten Schädling der evolutionären Arbeiterschaft. Damit trifft er den Nagel auf den Kopf, die sozialdemokratisch-syndikalischen Querzelbereiche werden mit den Geschäften der bisherigen kapitalistischen Angestellten der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bestellt.

